Dieses Dokument wurde maschinell aus dem Englischen übersetzt und kann Fehler enthalten. Das englische Original finden Sie unter https://www.novaracg.com/2025/06/04/attestation-without-attribution-completion-metrics-and-the-authentication-of-employment-records/.

Bestätigung ohne Zuordnung: Abschlussmetriken und die Authentifizierung von Beschäftigungsunterlagen

Heather Grizzle · 4. Juni 2025

An employer with a completed, timestamped electronic acknowledgment still lost. Ruiz v. Moss Bros shows why completion rates do not prove attribution.

Inhalt

1. Die Metrik, die Anbieter beeinflussen können
2. Was ein Gericht mit einem Bestätigungsdatensatz macht
3. Warum schnelle Nachbesserung schwache Aufzeichnungen erzeugt
4. Was eine beweisfeste Bestätigungsarchitektur erfordert
5. Governance-Implikationen
6. Quellen

Die Metrik, die Anbieter beeinflussen können

Compliance-Technologie wird anhand der Kennzahl verkauft, die sie verbessern kann, und in der Kategorie der Richtlinienverwaltung ist diese Kennzahl fast immer die Abschlussquote. Eine Plattform wird beschafft, Erinnerungen werden automatisiert, und eine Organisation, die zuvor bei vierzig Prozent Bestätigungen lag, erreicht innerhalb eines Quartals über neunzig Prozent. Die Verbesserung ist real, sie ist auf einem Dashboard sichtbar und einem Vorstand berichtbar. Für sich genommen ist sie jedoch ein schlechter Indikator dafür, ob die Organisation zusätzliche Fähigkeiten zur eigenen Verteidigung erworben hat.

Die Schwierigkeit besteht nicht darin, dass Abschlussquoten bedeutungslos wären. Abdeckung ist ein echtes Problem, und eine Organisation, die ihre Belegschaft überhaupt nicht dazu bringen kann, ihre Richtlinien zu bestätigen, hat einen Mangel, der behoben werden sollte. Die Schwierigkeit besteht darin, dass der Abschluss eine Verteilungsmetrik ist, die als Nachweismetrik verwendet wird, und die beiden divergieren genau an dem Punkt, an dem die Aufzeichnung geprüft wird. Ein Bestätigungsdatensatz ist nicht deshalb Beweismittel, weil er existiert. Er ist Beweismittel, weil er die Zuordnung begründet: dass eine bestimmte Person – und nicht bloß ein bestimmtes Konto – eine bestimmte Handlung in Bezug auf ein bestimmtes Dokument an einem bestimmten Datum vorgenommen hat. Abschlussquoten messen, wie viele Datensätze existieren. Sie messen nicht, ob einer von ihnen dies belegt.

Diese Unterscheidung ist nicht theoretischer Natur, und die maßgebliche Rechtsprechung dazu ist älter und weiter entwickelt, als die meisten Programme zur Richtlinienverwaltung annehmen.

Abschlussquoten messen, wie viele Datensätze existieren. Sie messen nicht, ob einer von ihnen dies belegt.

Was ein Gericht mit einem Bestätigungsdatensatz macht

Die Entscheidung des California Court of Appeal in *Ruiz v. Moss Bros. Auto Group* bleibt die aufschlussreichste veröffentlichte Behandlung dieses Problems, unter anderem weil der Arbeitgeber in diesem Fall das getan hatte, was die meisten Organisationen für ausreichend halten.

Der Arbeitgeber beantragte die Durchsetzung eines Schiedsverfahrens auf Grundlage einer Vereinbarung, die in einem Bestätigungsformular des Arbeitnehmers enthalten war. Er legte das unterzeichnete Dokument vor, versehen mit dem gedruckten Namen des Arbeitnehmers, gefolgt von dem Vermerk „elektronische Unterschrift“ und einem sekundengenauen Zeitstempel. Er legte eine eidesstattliche Erklärung seines Geschäftsführers vor, wonach jeder Arbeitnehmer sich mit einer eindeutigen Login-Kennung und einem Passwort in das Personalverwaltungssystem des Unternehmens einloggen musste, um das Bestätigungsformular zu prüfen und elektronisch zu unterzeichnen. Mit anderen Worten: Der Arbeitgeber verfügte über einen abgeschlossenen Bestätigungsdatensatz, der durch einen authentifizierten Login erzeugt, mit Zeitstem-

pel versehen und gespeichert wurde. Auf jedem Abschluss-Dashboard galt dieser Arbeitnehmer als konform.

Das Gericht entschied, dass der Arbeitgeber seiner Beweislast nicht genügt habe. Elektronische Signaturen sind nach kalifornischem Recht ausdrücklich gültig, und das Gericht stellte klar, dass der Authentifizierungsstandard nicht schwer zu erfüllen sei. Es identifizierte stattdessen eine Lücke in der Schlussfolgerung. Die Erklärung belegte, dass alle Arbeitnehmer sich einloggen und unterschreiben mussten. Sie belegte nicht, dass genau dieser Arbeitnehmer diese Handlung vorgenommen hatte. Der Nachweis, dass der Datensatz der Person zuzuordnen war und nicht bloß mit dem Konto der Person verknüpft, fehlte, und der Antrag scheiterte aus diesem Grund. Die einschlägige gesetzliche Bestimmung, sowohl in Kalifornien als auch im entsprechenden Gesetz über elektronische Transaktionen andernorts, stellt darauf ab, ob die elektronische Signatur die Handlung der Person war, und eine Organisation, die ihre Prozessbeschreibung nicht mit dem konkreten Datensatz verknüpfen kann, hat diese Frage nicht beantwortet.

Gerichte behandeln solche Streitigkeiten weiterhin als sachverhaltsintensive Prüfungen, die anhand der Genauigkeit entschieden werden, mit der der Arbeitgeber beschreiben kann, wie der einzelne Datensatz zustande kam. Die entscheidende Variable ist nicht, ob eine Bestätigung eingeholt wurde. Entscheidend ist, ob die Organisation mit Genauigkeit den Prozess rekonstruieren kann, durch den diese Person auf dieses Dokument gestoßen ist und danach gehandelt hat.

Warum schnelle Nachbesserung schwache Aufzeichnungen erzeugt

Es gibt ein weiteres, seltener bemerktes Problem in der Art und Weise, wie Abschlussquoten typischerweise erhöht werden.

Eine Bestätigungskampagne, die eine Organisation innerhalb von dreißig Tagen von vierzig auf sechsundneunzig Prozent bringt, erreicht dies durch automatisierte Erinnerungssequenzen, die auf eine zuvor nicht reagierende Population angewendet werden. Die dabei entstehenden Datensätze weisen Merkmale auf, die im Rahmen der Beweiserhebung zugänglich und ungünstig sind. Sie häufen sich zeitlich. Sie folgen eskalierenden Aufforderungen. Ihre Verweildauern, sofern das System sie erfasst, sind häufig kürzer als die Zeit, die zum Lesen des Dokuments erforderlich wäre. Ein Klä-

ger, der belegen möchte, dass die Zustimmung nur pro forma erfolgte, verfügt in diesen Daten über einen wesentlich besseren Tatsachenbestand als der Arbeitgeber.

Der Punkt ist nicht, dass Automatisierung unangemessen oder Erinnerungen unzulässig wären. Vielmehr erzeugt dieselbe Instrumentierung, die eine günstige Schlagzeilenmetrik liefert, auch die detaillierte Verhaltensaufzeichnung, aus der eine nachteilige Schlussfolgerung gezogen werden kann, und Organisationen prüfen selten, was ihr Bestätigungssystem neben dem Abschlussereignis noch aufzeichnet. Eine Bestätigung, die nach vier automatisierten Eskalationen erfolgt und in elf Sekunden gegenüber einem neunzehnseitigen Dokument abgegeben wurde, ist eine Aufzeichnung, die die Organisation selbst erzeugt hat und vorlegen muss. Ob sie die Position der Organisation stärkt oder schwächt, hängt von Umständen ab, die bei der Implementierung festgelegt wurden und nachträglich nicht wiederherstellbar sind.

Der verallgemeinerbare Fehler ist die Substitution von Kennzahlen. Governance-Programme übernehmen die Kennzahl, die ihre Instrumentierung liefern kann, Anbieter optimieren auf die Kennzahl, die Käufer übernommen haben, und die Kennzahl verdrängt allmählich die Fähigkeit, die sie eigentlich stellvertretend abbilden sollte. Die Abschlussquote steht für Verteidigungsfähigkeit, so wie Schulungsstunden für Kompetenz stehen und Prüfungsabschlussquoten für die Wirksamkeit von Kontrollen. In jedem Fall ist die Substitution unsichtbar, bis die zugrunde liegende Fähigkeit auf die Probe gestellt wird, und in jedem Fall geschieht diese Prüfung im ungünstigsten Moment.

Was eine beweisfeste Bestätigungsarchitektur erfordert

Die Abhilfespezifikation ist eng gefasst und lässt sich konkret formulieren – das ist der Hauptgrund, warum Organisationen bereits bei der Beschaffung darauf bestehen sollten, statt sie erst im Rechtsstreit zu entdecken.

Der Datensatz muss vier Elemente zu einer Einheit verbinden: die identifizierte Person, die spezifische Dokumentversion, Datum und Uhrzeit sowie den authentifizierten Zugangsweg, über den die Person das Dokument erreicht hat. Systeme, die die ersten drei erfassen, den vierten aber als Infrastruktur und nicht als Beweismittel behandeln, erzeugen genau den Datensatz, der in *Ruiz* versagte. Die Organisation sollte für jede beliebig ausgewählte einzelne Bestätigung angeben können, wie sich die Person authentifiziert hat, was angezeigt wurde, in welcher Version und an welchem Datum –

ohne sich auf eine allgemeine Beschreibung dessen zu stützen, was alle Arbeitnehmer tun müssen.

> **DIE VIER GEBUNDENEN ELEMENTE**
>
> Die identifizierte Person, die spezifische Dokumentversion, Datum und Uhrzeit sowie der authentifizierte Zugangsweg, über den die Person das Dokument erreicht hat.

Die Versionsbindung verdient besondere Beachtung, da sie das am häufigsten fehlende Element ist. Kann die Organisation nicht feststellen, welche Version eines Dokuments eine Person bestätigt hat, verfügt sie über eine Aufzeichnung, dass die Person irgendetwas bestätigt hat. Wurde die nun strittige Bestimmung in einer späteren Überarbeitung hinzugefügt, kann diese Aufzeichnung schlimmer sein als gar keine, da sie den Nachweis nahelegt, dass die bestätigte Version die fragliche Bestimmung noch gar nicht enthielt.

Die Aufbewahrung muss bereits zum Zeitpunkt der Erstellung und nicht erst bei Bedarf konzipiert werden und muss Systemmigrationen überstehen. Plattformen zur Richtlinienverwaltung werden in Zyklen ersetzt, die erheblich kürzer sind als die Verjährungsfristen für arbeitsrechtliche Ansprüche, und ein Bestätigungsdatensatz, der nicht in authentifizierter Form exportiert werden kann, ist ein Vermögenswert mit einem Verfallsdatum, das die Organisation nicht berechnet hat.

Schließlich sollte die Abschlussquote als das gemeldet werden, was sie ist. Sie ist ein Abdeckungsindikator, nützlich zur Identifizierung von Bevölkerungsgruppen, die der Prozess nicht erreicht. Sie ist kein Compliance-Indikator und sollte einem Vorstand nicht als solcher präsentiert werden. Eine Organisation, die sechsundneunzig Prozent Bestätigungen meldet, hat gemeldet, dass sechsundneunzig Prozent einer Population einen Datensatz erzeugt haben. Ob diese Datensätze einer Prüfung standhalten würden, ist ein gesonderter Befund, der nur durch den Versuch gewonnen werden kann, eine Stichprobe davon nach dem Maßstab vorzulegen, den ein Gericht anwenden würde.

Governance-Implikationen

Die Empfehlung folgt dem in der vorangegangenen Analyse dieser Reihe etablierten Muster. Im Mai betraf das Argument Systeme, die innerhalb des Regulierungsumfangs lagen, ohne als solche erkannt worden zu sein. Im Juni betraf es Pflichten, die Beweisanforderungen statt Richtlinienanforderungen erzeugen. Der vorliegende Fall ist die dritte Form desselben Fehlers, bei dem eine Organisation über das Artefakt verfügt, das die Pflicht verlangt, ohne festgestellt zu haben, dass das Artefakt seine Funktion tatsächlich erfüllt.

Die Diagnose ist ein gegnerischer Vorlagetest, der an einer Stichprobe durchgeführt wird, statt eine Prüfung aggregierter Kennzahlen. Wählen Sie einzelne Bestätigungen aus, versuchen Sie, für jede die vollständige Beweiskette zusammenzustellen, und bewerten Sie das Ergebnis anhand des Authentifizierungsstandards und nicht anhand der eigenen Prozessdokumentation der Organisation. Kann die Kette nicht zusammengestellt werden, ist die Lücke struktureller Natur und wird durch eine Erhöhung der Quote nicht geschlossen.

Organisationen sollten ehrlich mit sich selbst sein, welche dieser beiden Bedingungen ihr Compliance-Programm tatsächlich hervorbringen sollte. Beide sind legitime Ziele, und das erste ist erheblich günstiger. Nur das zweite ist eine Verteidigung.

Quellen

Ruiz v. Moss Bros. Auto Group, Inc., 232 Cal. App. 4th 836 (Cal. Ct. App. 2014).

California Civil Code §§ 1633.7, 1633.9 (Uniform Electronic Transactions Act in der in Kalifornien verabschiedeten Fassung), betreffend die Rechtswirkung elektronischer Signaturen und die Zuordnung einer elektronischen Signatur zur Handlung einer Person.

Electronic Signatures in Global and National Commerce Act, 15 U.S.C. § 7001 ff.

29 C.F.R. Teil 1602 (Aufzeichnungspflicht und Aufbewahrung von Personalakten).

Novara Consulting Group, „The Development Exception: Internal Mobility Platforms and the Perimeter of Employment AI Governance“, Mai 2025.

Novara Consulting Group, „The Evidentiary Burden: Policy Currency, Attestation, and the Distance Between Compliance and Its Demonstration“, Juni 2025.

* * *

Haftungsausschluss.
Novara Consulting Group bietet Governance- und Beschaffungsberatung für den institutionellen Einsatz künstlicher Intelligenz und die Compliance-Infrastruktur der Belegschaft an. Dieser Artikel ist analytischer Natur und stellt keine Rechtsberatung dar.

TIPS

Know something about a sign language AI system that the public should know? Send it to tips@novaracg.com. Every tip is read by me and kept confidential. If you work in the UK, writing to us is not by itself a protected disclosure under the Public Interest Disclosure Act 1998, so before you share employer information, check your options with Protect (protect-advice.org.uk), the free whistleblowing advice line.

Zitierweise

Grizzle, H. M. (2025, June 4). Bestätigung ohne Zuordnung: Abschlussmetriken und die Authentifizierung von Beschäftigungsunterlagen. Novara Consulting Group. https://www.novaracg.com/de/2025/06/04/attestation-without-attribution-completion-metrics-and-the-authentication-of-employment-records/